

Nach Tschernobyl : der Ausstieg

Autor(en): **Maissen, Toya**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **65 (1986)**

Heft 9

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nach Tschernobyl: Der Ausstieg

Der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz hat im Juni mit 568 gegen 28 Stimmen beschlossen, eine Initiative für den Ausstieg aus der Atomenergie zu lancieren. Dabei handelt es sich um die dritte Atominitiative, die dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Der Parteitagsbeschluss ist von verschiedenen Seiten her kritisiert, zum Teil absichtlich zum Teil unbewusst missverstanden worden. Namentlich einige Exponenten der äusserst heterogen zusammengesetzten Anti-Atombewegung übten scharfe Kritik. Dazu gehören auch die Anhänger einer sogenannten Moratoriumsinitiative. Die Elektrowirtschaft hoffte natürlich, dass eine Moratoriumsinitiative lanciert würde, weil sie nur so weiterhin ungehindert Sachzwänge produzieren kann, immer unter dem Vorwand, das Volk habe sich zweimal bereits an der Urne für die Atomenergie ausgesprochen. Eine Moratoriumsinitiative würde die Diskussion um weitere nukleartechnische Anlagen (auch jene um Brüter- und Fusionsenergie) um zehn Jahre verschieben. In den vergangenen mehr als zehn Jahren des faktischen Moratoriums für ein neues Atomkraftwerk ist die schweizerische Energiepolitik um keinen Zentimeter vom verhängnisvollen nuklearen Weg abgewichen. Das Ende dieses faktischen Moratoriums war die Rahmenbewilligung für das Atomkraftwerk Kaiseraugst. Der Ausstieg aus der Atomenergie hat eine ganz andere Dimension. *Der Ausstieg heisst: Die Schweiz braucht eine neue*

Energiepolitik. Bundesrat, Parlament, Elektrizitätswirtschaft und Anverwandte waren bisher nicht gewillt oder in der Lage, hier innovatives Denken zu entwickeln. Sie haben uns immer tiefer in den atomaren Sachzwang verstrickt. *Deshalb heisst der Ausstieg aus der Atomenergie auch Einstieg in eine neue Energiepolitik.* Zum Beispiel: Energie in Anlagen produzieren, die dem Menschen zugestehen, das zu machen, was er immer schon gemacht hat: nämlich Fehler, die sich nicht gleich tödlich auswirken. Der Ausstieg aus der Atomenergie muss mehr heissen als einfach Kaiseraugst verhindern. Der Ausstieg heisst härteste politische Knochenarbeit im gesammelten Energie- und Umweltbereich. Es genügt einfach nicht mehr, nur über den Strom aus Atomkraftwerken zu lamentieren, wenn wir uns nicht ebenso leidenschaftlich mit der Erdölmisere auseinandersetzen. Wer die Reduktion des Erdölverbrauchs nicht ebenso wichtig nimmt, wie die Gefahren aus den Atomkraftwerken, hat nicht begriffen, was die (umweltzerstörende) Stunde geschlagen hat.

Wir brauchen ein Energiesparprogramm, das alle Energieträger einschliesst. Wir brauchen ein Forschungsprogramm, das die Atomenergie nicht mehr berücksichtigt und die anderen Energieträger endlich zum Zuge kommen lässt.

Die Moratoriums-Idee, die taktisch einiges für sich haben mag, verhindert und lähmt eine neue Energiepolitik. Es braucht mehr Druck, wenn wir Spiel-

raum für eine neue Energiepolitik bekommen wollen. Und diesen Spielraum nehmen wir uns mit dieser Ausstiegsinitiative. In einem Brief der POCH-Frauen nach einer Diskussionswoche, unterzeichnet von 155 Frauen, darunter auch 15 Sozialdemokratinnen, wird der SPS vorgeworfen, dass die SPS-Parteiführung im Alleingang eine Initiative beschlossen habe. Es sei nicht «die Aufgabe oder gar Kompetenz von selbsternannten politischen Familienvätern, für die Bewegung und uns Frauen zu entscheiden». Dazu ist zu bemerken, dass der Parteitag der SPS die Lancierung der Initiative auf Antrag der Zürcher Genossinnen und Genossen (die ihrerseits von zahlreichen AKW-Organisationen unterstützt wurden) entschieden hat. Dass die Parteiführung solche Anträge vorzubereiten hat, ist wohl eine Selbstverständlichkeit. Die Ausstiegsinitiative wurde von der SP-Basis gefordert und beschlossen. Auch an dieser Basis gibt es sehr viele Frauen. Der Ausstieg aus der Atomenergie wird nicht nur die Partei, sondern auch die «Rote Revue» in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen. Zum Einstieg in den Ausstieg lässt uns Patrick Tschudin einen Blick hinter die Kulissen der «nuklearen Internationalen» tun. Er hat sich im Juni an ihrem Kongress in Genf umgehört. Das Resultat: die politische Knochenarbeit wird sehr aufwendig sein, wenn man es mit so einem Klub zu tun hat.